**Kuba und Fidel Castro**  
 Teil 1  
  
<Eine Revolution in der Karibik  
Am 1.Januar 1959 übernahm Revolutionsführer Fidel Castro die Macht in Kuba. Zu Beginn schien ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Kuba und seinem großen Nachbarn, den Vereinigten Staaten, noch möglich. Der gestürzte korrupte kubanische Diktator Fulgencio Batista war in die Dominikanische Republik geflohen. ... Auf Einladung der amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger besuchte Castro im April 1959 Washington und New York. Wohin auch immer sich der charismatische Castro bewegte, folgten ihm Massen von Zuschauer. Diese Amerikaner mochten Castro, und er mochte sie. „Wir sind niemals Amerikanern wie diesen begegnet. Wir kennen nur die Kolonialisten“, sagte er wiederholt.   
  
Doch US-Präsident Dwight Eisenhower mochte weder Castro noch seine politischen Pläne, da er überzeugt war, dass die Revolution der US-Wirtschaft und den imperialen Interessen der USA in Lateinamerika schaden werde. Daher erteilte Eisenhower dem neuen kubanischen Präsidenten bewusst eine schroffe Ablehnung. ... Zusammen mit Nixon beschloss Eisenhower, die Revolution in Kuba zu bekämpfen. Am 10.März 1959 legte der äußerst einflussreiche amerikanische nationale Sicherheitsrat NSC in einer geheimen Sitzung im Weißen Haus fest, dass man Wege suchen müsse, um „eine andere Regierung in Kuba an die Macht“ zu bringen (Regime-Change). Washington hatte den Startschuss für einen geheimen Krieg gegen Kuba gegeben.  
  
Eisenhower autorisierte die CIA, kubanische Exilanten für die Sabotage von Castros Revolution zu organisieren, zu finanzieren, auszubilden und auszurüsten. Dies war natürlich illegal. Denn kein Land darf die Regierung in einem anderen Land durch einen illegalen Krieg stürzen. Den Mitgliedern im NSC war bewußt, dass sie mit ihrem Entscheid, die Regierung in Kuba zu stürzen, gegen die UNO-Charta verstießen. Aber es kümmerte sie nicht. Denn Fidel Castro bedrohte die wirtschaftlichen Interessen der USA.  
Das Herzstück des revolutionären Programms von Castro war die Landreform. Das entsprechende Gesetz wurde im Mai 1959 verabschiedet und im Juni begannen die Enteignungen von amerikanischen Firmen, die wie Kolonialherren weite Teile von Kubas Boden beherrscht hatten. ... Die USA hätten über viele Jahre von der Ausbeutung Kubas profitiert. Daher sei die geringe Entschädigung gerechtfertigt.  
  
Die Kubaner hatten nur ein Exportprodukt, nämlich Zucker, und nur einen Absatzmarkt, die USA. Damit war die kubanische Wirtschaft natürlich sehr verletzlich, und das wussten die USA. ... Am 31. März 1961 senkten die USA die Zuckerquote auf null. Kuba durfte danach keinen Zucker mehr in die USA verkaufen. Damit war der Wirtschaftskrieg voll entbrannt.  
Kuba musste dringend neue Absatzmärkte für seinen Zucker erschließen: Die UdSSR und China zeigten sich bereit, den kubanischen Zucker aufzukaufen. Während sich die amerikanisch-kubanischen Beziehungen immer weiter verschlechterten, wurden die Bindungen zwischen Kuba und der Sowjetunion immer enger. ...  
Nach einer Verwarnung, die nichts bewirkte, enteignete Castro die Erdölraffinieren, erklärte sie zum Staatsbesitz Kubas. ...> (Aus dem Buch „Illegale Kriege – wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – eine Chronik von Kuba bis Syrien“ von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag Zürich, 2016)  
  
Also nicht aufgrund des Kommunismus oder irgendeinem anderen ideologischen Grund näherte sich Fidel Castro der Sowjetunion, sondern aus reinem Pragmatismus, um die Insel vor dem Wirtschaftskrieg, den die USA gegen sie willkürlich führte, zu retten. Die Verbindung mit der Sowjetunion war eine reine Überlebensentscheidung des Staatschefs eines Landes in einer Notlage. Es gilt einzusehen, dass es das extrem törichte und brutale Verhalten der USA gegenüber Kuba war, was Fidel Castro in die Arme der Sowjetunion trieb. Journalisten wären bei richtiger Sachkenntnis auch schon lange darauf gekommen.  
  
Brandbomben fallen auf Kuba  
<<Präsident Eisenhower sah mit Argwohn, wie Präsident Castro die kubanische Wirtschaft umbaute. Um seine wirtschaftlichen Interessen zu wahren, wollte das US-Imperium die Regierung Castro unbedingt stürzen. ... Die CIA begann mit jenen Kubanern zu kooperieren, die keine Freude an der kubanischen Revolution hatten, Fidel Castro zum Teil hassten und nach Florida ausgewandert waren. Die CIA wußte, dass diese Exilkubaner am Sturz von Castro sehr interessiert waren.  
  
Im Oktober 1959 warfen US-amerikanische Flugzeuge die ersten Brandbomben auf Kuba ab. Die Brandbomben ließen Zuckerrohrfelder und Zuckerfabriken in Feuer aufgehen. …  
  
Der Abwurf von Brandbomben auf Kuba war natürlich ein illegaler Krieg (hoch kriminell) …  
  
Kuba bittet UNO um Hilfe  
Kuba hatte sich entschieden, die UNO um Hilfe zu bitten, und die Weltfriedensorganisation reagierte prompt. Am 18.Juli 1960 trat der Weltsicherheitsrat zusammen, um das Anliegen von Kuba zu prüfen. Die Diskussion dauerte zwei Tage. Danach sprach sich der Sicherheitsrat dafür aus, die Angelegenheit an die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu übergeben. Für Kuba zumindest war das ein enttäuschendes Ergebnis. In seiner Eröffnungsrede vor dem UN-Sicherheitsrat erklärte der kubanische Außenminister Raúl Roa, dass Kuba ganz bewusst die Vereinten Nationen und nicht die OAS als Adressaten seiner Beschwerde ausgewählt habe, weil die USA die OAS weitgehend beherrschten. …  
  
Kuba in einer isolierten Position  
Der amerikanische UN-Botschafter Henry Cabot Lodge beteuerte danach, dass die Vereinigten Staaten keinerlei aggressiven Absichten gegen Kuba verfolgten. Das war eine Lüge, denn die Angriffe auf die Zuckerrohrfelder kamen aus den USA. Doch die Lüge wirkte und die europäischen NATO-Länder stellten sich geschlossen hinter die USA. ... US-Botschafter Lodge hatte also die Mehrheit der Botschafter hinter sich, während sich die kleine Insel Kuba in einer isolierten Position befand. Dass Angriffe mit Brandbomben stattgefunden hatten, konnte aber der amerikanische UN-Botschafter nicht abstreiten, die von Kuba vorgelegte Beweislast war zu erdrückend. Daher räumte er ein, es habe solche Bombenangriffe gegeben, beteuerte jedoch, dies sei gegen den Willen der Administration Eisenhowers geschehen. ...  
  
Dossier über US-Aggressionen gegen Kuba an Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), Organisation mit US-Dominanz, übertragen   
Der Sicherheitsrat folgte dem Vorschlag der USA und entschied mit einer Resolution, dass es nicht seine Aufgabe sei, sich mit dem Streit zwischen Kuba und den USA zu befassen, das Dossier werde daher an die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) weitergereicht. Gleichzeitig forderte der sowjetische Botschafter Arkady Sobolew: „Hände weg von Kuba, lasst Kuba sein eigenes Schicksal gestalten“, und protestierte, „dass die Angelegenheit der US-Aggressionen an eine Organisation übertragen wird, in der die Vereinigten Staaten einen dominierenden Einfluss haben und dadurch mit Kuba ganz nach Belieben verfahren können.“ Das Problem mit den Brandbomben wurde an die OAS verschoben, wo, wie erwartet, Kuba keine Hilfe erhielt.>> („Illegale Kriege – wie die NATO-Länder die UNO sabotieren – eine Chronik von Kuba bis Syrien“ von Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag Zürich, 2016)   
  
Angesichts der skrupellosen kriminellen Aggressivität des großen Nachbarn Kuba für Installierung sowjetischer Raketen  
Vor diesem Hintergrund ist es unbestreitbar verständlich, dass der Staatschef Kubas, Fidel Castro, angesichts der skrupellosen kriminellen Aggressivität des großen Nachbarn, das Land zu wappnen versuchte und deshalb der Installierung sowjetischer Raketen auf der Insel 1961 zustimmte. Dabei war er sich zweifellos im Klaren darüber, dass die USA neue Aggressionen gegen Kuba planten.   
  
Springender Punkt der Kuba-Krise: USA 1961 mit nuklearen Waffen auf türkischem Territorium gegen Sowjetunion (Russland) gerichtet  
Die Sowjetunion ihrerseits hatte auch gute Gründe, hinsichtlich einer feindseligen aggressiven USA geeignete Maßnahmen zu treffen. Vor der Installation sowjetischer Raketen auf Kuba stationierten die USA 1961 nukleare Waffen auf türkischem Territorium in Izmir, die gegen Russland gerichtet waren. Die Reaktion Russlands darauf ließ nicht lange auf sich warten: Russische Nuklear-Raketen wurden in Kuba stationiert, also in der unmittelbaren Nähe der USA. Dies war der springende Punkt der Kuba-Krise, die Washington mit Moskau konfrontierte. Die Sowjetunion hatte gute Gründe für ihr Verhalten, nämlich die installierten US-Raketen in Izmir (Türkei) d.h. in der Nähe ihres Territoriums. Das veranlasste die Führung der Sowjetunion Gegenmaßnahmen zu ergreifen in der Nähe des Territoriums der USA zu ergreifen.   
  
Bis heute noch mediale Verschleierung der Kuba-Krise  
Die gefährlichen Tage der sogenannten Raketenkrise hatten begonnen. Allerdings führt sie bis heute noch zu einer medialen Verschleierung der Wahrheit. Bis heute werden über diese Krise Halbwahrheiten und Lügen verbreitet, damit niemand den wirklichen Hergang der Ereignisse im Zusammenhang mit der Kuba-Krise erfährt.   
  
Hiesige Medienberichte weiterhin ohne Hinweise auf Kontext der sowjetischen Raketenaufstellung in Kuba  
Die US-Schreckensherrschaft hat Fidel früh am eigenen Leib erfahren. Die Öffentlichkeit muss ein für alle Male beginnen wahrzunehmen, wie sie wirklich ist, nämlich eine unermessliche Bedrohung für die Menschheit und den Weltfrieden. Jahrzehntelang erstrahlten die USA in Stärke, Verlässlichkeit und Unbesiegbarkeit, aber dann hatten sie sich selbst mit ihrer Show, mit ihrer Lüge und konstanten Drohungen übertroffen. Kuba wurde vor massiven Luftangriffen und Invasion mit Hilfe der im Land aufgestellten sowjetischen Raketen gerettet. Die Raketen dienten als Abschreckung, um die geplanten verhängnisvollen US-amerikanischen Angriffe unmöglich zu machen. Fidel Castro gab sein Einverständnis für die Installierung der sowjetischen Raketen in Kuba, als er von den Luftangriffs- und Invasionsplänen wusste. Die hier dominanten Medien bleiben bei ihrer einseitigen Weltsicht und reproduzieren weiter die offizielle US-Version, wie sie es gedanken- und bedenkenlos entlang des Kalten Kriegs getan haben. ARD, ZDF und ARTE berichten ohne Hinweise auf den Kontext der sowjetischen Raketenaufstellungen in Kuba.   
  
Nachricht über sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba lässt interventionistische US-Blütenträume zerplatzen  
Auszugsweise und in groben Zügen aus den dokumentierten Artikeln: "Die Kuba-Krise im Oktober 1962" von Reiner Zilkenat (UZ vom 5.10.12) und "Die Raketenkrise in der Karibik im Herbst 1962. Teil I: "Beginn und Verlauf" von Horst Schäfer (Junge Welt, 16.10.12) ist entgegen der verbreiteten Propagandalüge folgendes zu erfahren:   
  
<Als erster Höhepunkt einer Serie terroristischer Aktionen war die von "Exilkubanern" ausgeführte Invasion in der "Schweinebucht" am 17. April 1961 gedacht. Dem Präsidenten John Kennedy wurde vom Oberkommando des Militärs klargemacht, dass keine Chance bestehe, Castro ohne eine militärische Okkupation der USA zu überwältigen. Insbesondere die führenden Militärs befürworteten Luftschläge und Invasion. Offenbar stand der große US-Militärschlag gegen Kuba unmittelbar bevor, genau wie es Anfang 1962 als Krönung der Kuba-Operation geplant und von Präsident Kennedy genehmigt worden war. Doch dann zerplatzten vorerst alle interventionistischen Blütenträume. Am 16. Oktober 1961, etwa 9.15 Uhr, erhielt der US-Präsident die Nachricht von sowjetischen Mittelstreckenraketen und Abschussrampen, die auf Kuba installiert worden waren. Die geplanten Luftangriffe und die Invasion wurden so verhindert.  
  
Sowjetischer Außenminister Oktober 1961: Verteidigungsfähigkeit von Kuba erhöhen   
Bei einem langen vereinbarten Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko am 18. Oktober 1961 erwähnte John Kennedy merkwüdigerweise die ausgespähten Raketenstellungen nicht. Gromyko versicherte allerdings, dass es sich bei der sowjetischen Hilfe für Kuba nur darum handele, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen.  
  
Am 19. Oktober in einem Treffen des Vereinigten Generalstabs mit dem Präsidenten wurde klar: »Wenn sie (die Sowjets) (in Kuba) diese Raketen haben, dann können wir nie wieder über eine Invasion reden.«  
  
Zwei der bekanntesten Senatoren der Demokratischen Partei, William Fulbright und Richard B. Russel, lehnten die Blockade gegen Kuba als zu weich ab und plädierten für Luftangriffe und die Besetzung Kubas durch die USA.   
  
Dagegen hatte der UN-Botschafter und ehemalige Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson Kennedy bereits am 17. Oktober in einem Memorandum vor einem Krieg wegen der sowjetischen Raketen auf Kuba gewarnt und erklärt: »Wenn wir eine Raketenbasis in der Türkei und an anderen Plätzen rund um die Sowjetunion haben, dann haben sie sicherlich das Recht auf eine in Kuba.« Sein Vorschlag, nicht nur die US-Raketen aus der Türkei abzuziehen, sondern auch den Militärstützpunkt Guantánamo aufzugeben, lehnte der US-Präsident umgehend ab. Kennedy hatte kein Vertrauen mehr zu Stevenson und hielt ihn angesichts der erwarteten Verhandlungen in der UNO über die Lösung der Raketenkrise für zu schwach.  
  
US-Blockade internationaler Gewässer gegen Kuba  
Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow protestierte in Telegrammen an Kennedy gegen die US-Blockade internationaler Gewässer, nannte sie »einen Akt der Aggression«, eine ernsthafte Bedrohung von Frieden und Sicherheit, und stellte ausdrücklich klar, dass die sowjetischen Raketen – »unabhängig von ihrer Klassifizierung« – nur der Verteidigung gegen einen Angriff der USA dienten, und auf Wunsch Kubas installiert worden seien und sofort überflüssig würden, wenn die USA auf ihre Angriffspläne verzichteten und ihrerseits die auf die Sowjetunion gerichteten US-Raketen aus der Türkei abzögen.  
  
UN-Generalsekretär U Thant appellierte auf Vorschlag von 40 nicht Pakt gebundenen Staaten an Chruschtschow und Kennedy, »auf Maßnahmen zu verzichten, die die Situation verschärfen und das Risiko eines Krieges mit sich bringen könnten«.  
  
Am Morgen des 26. Oktober 1961 erklärte der US-Präsident vor dem ExComm - ein Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) - die Blockade alleine werde wohl nicht zum gewünschten Erfolg, dem Abzug der sowjetischen Raketen, führen – dazu sei entweder eine Invasion nötig oder aber »ein Handel« mit der UdSSR. Damit meinte er offenbar den Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei.  
  
US-Regierung ihres völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen Kuba voll bewusst  
Ebenfalls am 26. Oktober kam das Problem einer US-Invasion Kubas erneut in der Sitzung des Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) oder ExComm zur Sprache. John F. Kennedy verwies darauf, dass Brasilien einen Plan vorgelegt habe, »der nicht nur eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika verlangt, sondern auch eine Garantie der territorialen Integrität aller lateinamerikanischen Staaten einschließt«. Laut Protokoll gab es über die brasilianische Haltung einen interessanten Wortwechsel zwischen dem Präsidenten und seinem Außenminister: »Er (Kennedy) fragte, ob wir uns verpflichten könnten, Kuba nicht zu überfallen. Außenminister Dean Rusk erläuterte, dass wir verpflichtet sind, Kuba nicht zu überfallen, weil wir die UN-Charta und den Vertrag von Río unterzeichnet haben.« Kennedy und die US-Regierung waren sich also ihres völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen Kuba voll bewusst.  
  
Selbst der damalige konservative britische Premierminister Harold Macmillan, mit dem der US-Präsident während der Krise jeden Abend telefonierte, meldete vorsichtige Bedenken gegen die Kuba-Politik der USA an und machte Vorschläge, die Kennedy gar nicht begeisterten. In einem Telefongespräch am 26. Oktober schlug Macmillan vor, Kuba die »internationale Zusage als unantastbares Land« zu geben und setzte hinzu: »Wir alle garantieren seine Neutralität und Unverletzlichkeit«. Auf die anschließende Frage des Premiers an Kennedy: »Wäre das eine Möglichkeit?« antwortet der US-Präsident sehr zurückhaltend, er werde »darüber nachdenken«, meint dann aber eher ablehnend: »Das würde Castro an der Macht lassen.«>  
  
Hass gegenüber Kuba nicht vorbei, jetzt Syrien ähnlich für Frankreich  
Trotz des Desasters der US-Einmischungsoperation in der Schweinebucht, das schon lange der Vergangenheit angehört, ist dieser Hass und diese Frustration gegenüber Kuba nicht vorbei. Der Sender "Arte" macht sich zum Echo von diesem Hass, weil Frankreich jetzt in einer ähnlich wahnsinnigen zerstörerischen imperialen Außenpolitik verwickelt ist, nämlich gegen Syrien.  
  
Die mediale Lüge und Vertuschung hinsichtlich Kuba dient vor allem dazu, die Außen- und Militärpolitik der USA in den Jahren 1961/62 unberücksichtigt zu lassen.   
Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait